

Freitag, 7. Oktober 2022 Göttingen

Polizei räumt mit großem Aufgebot die besetzte JVA

**Nach Ablauf des Ultimatums: Stadt stellt Strafantrag wegen
Hausfriedensbruchs /
Räumung und Gegenprotest bleiben friedlich**

Von Michael Brakemeier



Einsatzkräfte der Polizei beendeten die Besetzung der ehemaligen JVA. Foto:
Christina Hinzmann

Göttingen. Die Besetzung der ehemaligen Justizvollzugsanstalt (JVA) ist beendet. Am Donnerstagnachmittag hatte die Polizei dazu ein großes Aufgebot an dem denkmalgeschützten Gebäude an der Oberen-Masch-Straße zusammengezogen. Das Haus, das sich im Besitz der Stadt befindet, war seit Dienstagabend besetzt.

Die Stadtverwaltung, als Eigentümerin des Hauses, stellte nach Ablauf eines Ultimatums an die Besetzer am Donnerstagnachmittag einen

Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs. Bereits am Dienstag hatte die Staatsanwaltschaft nach Auskunft der Polizei einen Durchsuchungsbeschluss für das Gebäude erwirkt. Grund: Die Besetzer sollen Gartenmöbel aus dem Bestand der benachbarten Staatsanwaltschaft entwendet haben.

Gegen 14 Uhr rückte die Polizei an. Während der Großteil der Besetzer nach Eindringen der Polizei das Gebäude verließen, harrten fünf Besetzer auf einer Außenmauer der JVA aus. Sie weigerten sich bis zum Schluss, ihren Platz zu verlassen. Die Polizei ließ sie sitzen und beendete gegen 19.20 Uhr den Einsatz, der aus ihrer Sicht reibungslos verlief. Man wolle „die Situation über Nacht beobachten“, erklärte Polizeisprecherin Jasmin Kaatz am Abend. In der JVA selbst seien keine Aktivisten mehr. Gegen 21 Uhr verließen die fünf verbliebenen Besetzer schließlich doch Mauer und Gebäude, sagte Kaatz. Oberbürgermeisterin Petra Broistedt (SPD) dankte der Polizei für ihre „hochprofessionelle Arbeit“. Ihre oberste Prämisse sei gewesen: „Keine Eskalation.“

Vor dem Gebäude versammelten sich während der Räumung bis zu 200 Menschen, die sich solidarisch mit den Besetzern zeigten. 20 bis 30 von ihnen blockierten zunächst einen Eingang zum ehemaligen Gefängnis. Als sie nach mehrmaliger Aufforderung der Polizei ihre Sitzblockade nicht aufgaben, wurden sie von den Einsatzkräften weggetragen. Unterdessen hatten sich Spezialkräfte der Polizei auf einer anderen Seite des Gebäudes Zugang zur JVA verschafft, um die Räumung vorzubereiten. Im Inneren seien die Kräfte immer wieder auf Türen gestoßen, die versperrt waren, sagte eine Sprecherin.

Bereits am Morgen startete um 9 Uhr eine Demonstration am Neuen Rathaus. Mehr als 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer bekundeten ihre Solidarität mit den Besetzern und sprachen sich gegen die drohende Räumung der besetzten, ehemaligen JVA Göttingen aus.

Eine Sprecherin forderte Oberbürgermeisterin Petra Broistedt (SPD) auf, die Verhandlungen mit der Trafo Hub GmbH aus Braunschweig als potenzielle Käuferin der JVA zu beenden. „Investoren raus, Soziales Zentrum rein“ und „Das ist unsere Stadt“, skandierten die Demo-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer auf ihrem Weg

durch die Innenstadt.

„Wir stehen 100 Prozent hinter dem Sozialen Zentrum. Wir kritisieren den jahrelangen Leerstand des Gebäudes und stellen uns gegen den Einzug privater Investoren in die Stadtviertel. Wir wollen, dass die Räume der JVA saniert an die Initiative Soziales Zentrum übergeben werden, damit Göttingen unter anderem ein solidarisches Gesundheitszentrum mit medizinischer Grundversorgung und Beratung bekommt“, sagte Ebba Grimme, Sprecherin aus dem Kreis der Besetzergruppe „Autonome Stadtverwaltung Göttingen“.

Stadtverwaltung sucht das Gespräch

Göttingens Baudezernent Frithjof Look hatte als Vertreter von Oberbürgermeisterin Petra Brostedt (SPD) am Morgen die Gesprächsbereitschaft der Stadt gegenüber den Besetzern und Vertretern der Initiative Soziales Zentrum erneuert. Er forderte die Vertreter des Sozialen Zentrums auf, an den Verhandlungstisch zu kommen. Als ihm verweigert wurde, die Lautsprecheranlage der Demo zu nutzen, verließ Look den Platz.

Wie Brostedt gegenüber dem Tageblatt bestätigte, soll es nun aber am Dienstag ein Gespräch zwischen Vertretern der Initiative und der Stadtverwaltung geben – um etwa die Idee eines Sozialen Zentrums, den Zeitplan und die Finanzierung zu erörtern.

Statement des SPD-Stadtverbandes

Nachdem in den vergangenen Tagen vonseiten CDU und FDP die Besetzung scharf verurteilt und Konsequenzen für die Besetzer gefordert wurden, und von Grünen, Linken, Die Partei und Volt ihre Solidarität mit den Besetzern und der Initiative Soziales Zentrum bekundet wurde, meldete sich am Donnerstag auf Tageblatt-Anfrage auch die SPD zu Wort.

Der SPD-Stadtverband betonte die „lange und intensive Debatte in der Stadtgesellschaft und den Gremien des Rates der Stadt Göttingen“ um die Zukunft der JVA. Begleitet von Initiativen, Öffentlichkeit und Medien sei am Ende eine „von einer großen Mehrheit getragene“ demokratische Entscheidung zur zukünftigen Nutzung durch einen privaten Betrieb – der sich aber zur Stadtgesellschaft öffnen wolle – getroffen worden.

Der SPD-Vorstand wertet das Konzept als „nicht sehr konkret“, „mit vielen Fragezeichen und sehr hohen Kosten für die Stadt“ und nicht überzeugend. Ein Soziales Zentrum, das entwickelt werden müsste, aber sei interessant und spannend. Sie halte aber dennoch die in den Gremien der Stadt Göttingen getroffenen demokratischen Entscheidungen weiterhin für richtig – auch wenn jetzt eine Minderheit diese leider nicht akzeptieren will.“

Verwaltungsausschuss überstimmt Bauausschuss

Der Verwaltungsausschuss des Rates hatte bereits im Juli mit den Mehrheitsstimmen von SPD, CDU und FDP über die weitere Zukunft der JVA entschieden: Die Stadtverwaltung soll mit der Trafo Hub GmbH aus Braunschweig weiterhin über einen Verkauf des städtischen Gebäudes und die Trafo-Hub-Pläne für die JVA verhandeln – und zwar ausschließlich mit ihr. Daran hatte es massive Kritik gegeben. Denn: Zuvor hatte der Bauausschuss des Rates gegen die Stimmen von SPD und CDU mehrheitlich gegen so ein Vorgehen gestimmt.

Die ehemalige JVA befindet sich seit 2008 im Besitz der Stadt und steht noch länger leer und ungenutzt. Bemühungen, das Gebäude neu zu nutzen, verliefen bisher ohne Ergebnis. In der jüngsten Vergangenheit gab es mit der Initiative für ein Soziales Zentrum als Mieterin und die Braunschweiger Trafo Hub GmbH aus Braunschweig als Käuferin zwei Interessenten für die Immobilie. Die Braunschweiger wollen „leben, wohnen und arbeiten“ dort unter einem Dach vereinen. So soll es Wohnfläche, Co-Working-Büros, Platz für Start-ups, eine „gemeinsame Arbeits- und Projektfläche“ und Gastronomie geben.

Welchen Stand die Verhandlungen mit der Trafo Hub inzwischen haben, lässt Verwaltungssprecher Sternadel offen. Die Stadt sei in „regelmäßiger, konstruktiver Abstimmung mit der Trafo Hub GmbH“, um Fragen etwa zu Planungen, zu Verträgen, zum Kaufpreis, und zum Konzept zu erörtern.

Wir kritisieren den jahrelangen Leerstand des Gebäudes und stellen uns gegen den Einzug privater Investoren in die Stadtviertel.

Ebba Grimme, Sprecherin der Besetzer